Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenberichte, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: gr. Klosterg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Sonn- oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die Aufnahme der Annonce wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Meyer's Joppen von 6 M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.**, Frauenstr. 8 u. 10.

Thüre zu! D.R. Patent.

Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. **15,000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinsius,** Dresden-N., **Tieckstrasse 27** (Fernsprech-Amt II, Nr. 2400).

British Hotel und Restaurant
Separater Speisesaal mit Nebenzimmer,
gut passend zur Abhaltung von Familienfesten, Hochzeiten etc.
Hochachtungsvoll **Ed. Gerdes.**

Kinder-Leberthran,
wie er seit Jahren in hiesiger Kinderheilanstalt verordnet wird, empfiehlt die
Salomonis-Apotheke, Dresden, Neumarkt 8.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
Tuchhandlung.
Grösstes Lager von Neuheiten der Frühjahrs-Saison, als:
Paletot-, Anzug-, Rock- und Hosen-Stoffe.

Costümfabrik Max Jacobi, **Lieferant der grösseren Theater Berlins.** Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. **Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.** **Dresden-A., Galeriestr. 26** **(Telephon 389).**

Nr. 29. Spiegel: Arbeiten der Reichstagsausschüsse. Unteroffizierprämien. Hofnachrichten. Kaiser-Geburtstagsfeiern. Pferdebahn und Stadtverwaltung. Philosophischer Vortrag. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Ueberführung Weber's Ueberreste. | **Donnerstag, 29. Januar.**

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich zu 1 Gulden 54 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Hauptarbeit der Volksvertretungen nicht sowohl in den Plenarsitzungen, als in den Commissionsberathungen steckt. Denn so mühsam es auch für manchen Abgeordneten sein mag, eine wohlabgefaßte Rede dem Gedächtniß einzuverleiben und sie von der Tribüne aus direkt durch das Fenster in das Volk zu schmettern, so große Anstrengung es auch den Anderen kostet, seinem Sprechtalent Zügel anzulegen, so werden die ungleich schwierigeren Aufgaben doch stets in jenen 14-, 21- oder 28gliedrigen Ausschüssen zu erledigen sein, in denen oft genug sich das Strenge mit dem Zarten mühsam paaren muß. In den Commissionen schaffen denn auch gewöhnlich noch die Arbeitsbienen am Reichstags- oder Landtagshonig, wenn die Ferienluft die Anderen schon längst zum heimischen Herde lockte. Ganz besonders mühsam war die Arbeit derjenigen Reichstagskommission, welcher jene Novelle zur Gewerbeordnung anvertraut war, die man gewöhnlich unter dem Sammelnamen des „Arbeiterschutzes" zusammenfaßt. Und es will fast scheinen, als werde die langwierige, dreimalige Berathung dieser Materie, ebenso wie der vielseitige Bericht des klerikalen Sozialpolitikers Hitze nicht ganz so reichen Erfolg haben, wie die überaus fleißigen Commissionsmitglieder es vermuthet haben mögen. Die vorläufig allerdings nur in ganz vorsichtiger Form aufgetauchte Mittheilung, daß die verbündeten Regierungen die Beschlüsse der genannten Commission, falls sie nicht noch im Plenum eine wesentliche Abänderung erfahren, für unannehmbar halten, dürfte nach dieser Richtung hin bezeichnend sein. Für alle Jene, welche dem holden Frühlingstaumel, in den nach den letzten Wahlen das Antikartell verfiel, mit einigem Skepticismus zusahen und namentlich die Verbeugungen der Freisinnigen nach Oben und Unten mehr mit pathalogisch-heiterem, als mit politisch-ernstem Interesse verfolgten, dürfte diese Wendung kaum überraschend kommen. So weitgehend schon die Vorschläge der Regierungen waren, so laut auch die schwer um ihre Existenz ringende Industrie ihre Stimme erhob, so schien doch das Parteiinteresse jede kühle Erwägung unmöglich zu machen und in der Frage der Sonntagsruhe, des Frauen- und Kinderschutzes sahen sich die Regierungen alsbald Commissionsbeschlüssen gegenüber, die weit über ihre Absichten hinausgingen. Die zweite und dritte Berathung ergab ja allerdings einige Aenderungen, da man denn doch einsah, daß die Pfähle zu weit nach vorn gesteckt seien, aber trotzdem bleibt noch genug übrig, was im Falle der Billigung durch den Reichstag dem Bundesrath schwere Bedenken erregen müßte. Soll daher die ganze Arbeit schließlich zu einem praktischen Resultate geführt werden, soll der große und gesunde Kern der Arbeiterschutzbestimmungen zur Reife gelangen, wie es der Wunsch jedes Patrioten sein muß, so wird es bei den bevorstehenden Plenarverhandlungen Sache der Kartellparteien sein, vielleicht im Bunde mit den gemäßigteren Elementen des Centrums, alle zu agitatorischen Zwecken emporgeschraubten Zugeständnisse der Commissionsmitglieder mit Sorgfalt und Bedachtsamkeit wieder zurückzuschrauben auf dasjenige Niveau, welches die wohl gegen einander abzuwägenden und auszugleichenden Interessen der Industrie und der Arbeiter vorschreiben. Sie mögen sich hierbei von der Erwägung leiten lassen, daß eine weitere Ausdehnung des Arbeiterschutzes, falls sich eine solche in Zukunft noch als nothwendig herausstellen sollte, sich leichter bewerkstelligen ließe, als eine nachträgliche Beschränkung zu weit ausgedehnter Conzessionen, die einmal Gesetzeskraft erlangt haben.

Aus den Berathungen der Etatkommission pflegen gemeinhin die Debatten über das Heeresbudget das weiteste Interesse zu erregen. Zwar sind wir in diesem Jahre jener leidenschaftlichen Fehden überhoben, welche schon wiederholt die Parole für die erbittertsten Wahlkämpfe herleihen mußten, aber immerhin werden alle Neuforderungen, welche zur Ausgestaltung und Vervollkommnung unseres Heerwesens dienen, welche also die Machtstellung des Reiches heben und damit zugleich den Fortbestand des Friedens gewährleisten sollen, besondere Beachtung verdienen. In dem jetzt zur Berathung stehenden Etat werden Summen für eine Heeresverstärkung nicht verlangt; die Mehrforderung von 20 Millionen, durch welche die ordentlichen Ausgaben auf 320⅓ Millionen, die Mehrforderung von 2 Millionen, durch welche die außerordentlichen Ausgaben auf 30 Millionen erhöht werden sollen, werden hauptsächlich durch den Ausbau der inneren Organisation, sowie durch die allgemeine Einführung neuer, weittragender Gewehre bedingt. In die zweite Rubrik gehören die wesentlich von technischen Gesichtspunkten aus zu erwägenden Forderungen für Schießstände und Uebungsplätze, für Manöverkosten, Platzpatronen und Kartuschen, für Munitionswesen und Reserveübungen. Gerade die letzteren, die so ungeheuer tief in das geschäftliche und private Leben eingreifen und die, wie man nicht leugnen kann, an die patriotische Opferwilligkeit sehr schwere Anforderungen stellen, werden auch im neubeginnenden Etatsjahre eine bedeutende Ausdehnung erfahren, da gegen 5000 Offiziere, etwa 11,000 Unteroffiziere, 104,295 Mann der Reserve und Landwehr sowie 32,500 Ersatzreservisten eingezogen werden sollen. In die Rubrik, welche man als den Ausbau der inneren Organisation bezeichnen kann, gehören eine Anzahl von Forderungen, welche sehr stark umstritten werden dürften. In erster Linie werden sich die Volksvertreter schwerlich mit der Umwandlung der älteren Hauptmannsstellen in Stabsoffizierstellen und dem hierdurch bedingten Mehraufwande von einer halben Million befreunden können. Sie werden das Votum der Kommission, welches diesen Posten ablehnte, zu dem ihrigen machen. Dagegen werden sie das Verlangen, daß in Zukunft den berittenen Offizieren ihre Chargenpferde gestellt werden, daß man einem Theil derselben nicht mehr zumuthe, aus privaten Mitteln dienstliche Ausgaben zu bestreiten, nicht wohl zurückweisen können. Wenn hiermit gleichzeitig der Mißstand wegfällt, daß namentlich höhere Offiziere mehr Rationen empfangen, als sie thatsächlich Dienstpferde im Stalle haben, so wird dies den erhöhten Kostenaufwand ganz wesentlich einzuschränken im Stande sein.

Eine ungleich bedeutsamere Frage, als die genannten sind, lag jedoch in der in der Kommission vielerörterten, und von den Regierungskommissaren mit ganz besonders starken Argumenten unterstützten Forderung für Unteroffiziers-Prämien. Daß die Mehrheit unter dem leuchtenden Dreigestirn Windthorst, Grillenberger, Richter im Plenum dagegen sein wird, bewies die Ablehnung in der gestrigen Kommissionssitzung. Man ging über die Thatsache, daß der bisherige Ersatz an Unteroffizieren zu mangelhaft ist, einfach hinweg. Und doch ist nicht zu leugnen, daß die Heranziehung möglichst intelligenter und tüchtiger Leute zu jenem Korps in ungleich höherem Maße erfolgen müßte, als dies bisher geschehen ist. Sind denn aber die Aussichten für dieselben unter den bisherigen Verhältnissen derart, daß ein vermehrter Zuwachs zu erwarten ist? Man kann diese Frage schwerlich bejahen. Denn abgesehen von dem anstrengenden Dienst, der durch die Heranziehung der Ersatzreservisten noch wesentlich verschärft worden ist, wird auch die Gestaltung des späteren Looses dieser Männer wenig Verlockendes bieten. Selbst für einen mit trefflichen Dienstzeugnissen versehenen, langgedienten Mann ist es schwer, Privatdienst oder auf Grund des Civilversorgungsscheines in öffentlichen Diensten schnell ein Unterkommen zu finden. Die fortgeschrittenen, technischen Anforderungen, welche in fast allen Berufszweigen gestellt werden müssen, lassen es vielen Dienstgebern mit Recht als unräthlich erscheinen, Leute anzustellen, die zwar aber eine strenge Disziplin und über eine erprobte Rechtschaffenheit verfügen, von den speziellen Forderungen des neuen Berufes aber wenig oder gar nichts verstehen. Die Einschränkung der Möglichkeit, im privaten Dienste ein Unterkommen zu finden, erhöht nun aber folgerichtig die Zahl derjenigen Bewerber, die im Dienste von Behörden auf Grund ihres Versorgungsscheines Anstellung suchen. Oft müssen dieselben, nachdem sie ihre zwölf Jahre abgedient haben, noch jahrelang warten, bis sie einen nothdürftigen Unterschlupf erlangen. Daß bei dem mangelnden Zudrang zu der wenig aussichtsvollen Unteroffizierscarrière die Armee selbst leidet, ist schwer zu verkennen, denn je mehr altgediente Unteroffiziere in aktiven Diensten stehen, desto tüchtiger wird die Ausbildung des einzelnen Mannes werden. Es war daher von jedem Freunde unserer Wehrhaftigkeit, sowie von jedem Billigdenkenden, der eine Erhöhung der Bezüge dieser Klasse für eine logische Konsequenz aus der Erhöhung der Beamtengehälter ansieht, mit Freuden zu begrüßen, daß die Regierung durch den Ansatz von Prämien für ältere Unteroffiziere die Möglichkeit herstellen will, einen tüchtigen Stamm dieser Dienstklasse zu gewinnen. Wenn aber trotz aller Gründe die Commission gestern die Dienstprämien ablehnte, so mag dies die Erinnerung daran wieder auffrischen, daß die geeigneten Wahlen vom vorigen Frühjahr eine Majorität schufen, die vor Entzücken über einen „neuen Kurs" sich nicht zu lassen weiß, um im nächsten Moment in allen nationalen Fragen Opposition zu machen. Gott besser's!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28 Januar.

Berlin. Reichstag. Die zweite Berathung des Etats wird beim Reichsinvalidenfonds fortgesetzt. Abg. Richter beantragt aus den Mitteln des Reichsinvalidenfonds Erhöhung an Pensionszulagen für die Militärpersonen der Unterklassen, welche durch den Krieg invalid geworden sind, oder Erhöhung der Entschädigung für Einbuße an der Erwerbsfähigkeit. Die Mittel hierzu seien vorhanden. Der Fond enthalte 97 Millionen mehr, als zur Deckung der an ihn gestellten Ansprüche erforderlich sei. — Abg. Menzer (kons.) begründet den von ihm gemeinschaftlich mit dem Grafen Douglas und dem Frhrn. v. Manteuffel gestellten Zusatzantrag auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Härten und Unzuträglichkeiten beseitigt werden, die sich bei Anwendung des Militärpensionsgesetzes, insbesondere in Bezug auf die im Staats- und Gemeinde-Dienst angestellten Beamten, fühlbar gemacht haben. — Staatssekretär v. Maltzahn erklärte, daß die Anträge bei den schwebenden Verhandlungen über die Neuregelung der Materie Beachtung finden würden. Der Etat des Reichsinvalidenfonds wird unverändert angenommen, die Anträge an die Budget-Kommission verwiesen. — Es folgt Berathung des Etats der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung. — Abg. Funck (freis.) wünscht Ermäßigung der Fernsprechgebühren, wodurch das Telephonnetz ganz erheblich an Ausdehnung gewinnen würde, zumal wenn mit der Anlage neuer Linien etwas liberaler verfahren würde. Ein Einnahmeausfall würde nicht entstehen. — Abg. Witisch (freis.) bedauert, daß Staatssekretär v. Stephan das Verlangen einer Herabsetzung der Gebühren für Zeitungstelegramme zurückgewiesen habe. In England, Nordamerika, sogar in Argentinien würden den Zeitungen im Telegraphenverkehr Ermäßigungen gewährt. Erwünscht wäre ferner eine Herabsetzung der Gebühr für den grauen Postauftrag zum Wechsel-Accept. — Abg. Singer (Soz.): Eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren würde nur einem relativ kleinen Kreis zu Gute kommen, den Ausfall aber müßte die Gesammtheit tragen. Ueber eine allgemeine Verbilligung der Telegramme ließe sich reden. Eine einseitige Bevorzugung der Zeitungsverleger sei für ihn unannehmbar. Die Zeitungen, von denen die Petition auf Herabsetzung der Zeitungstelegrammgebühren ausgehe, seien so gut situirt, daß sie die heutigen Gebühren sehr wohl tragen könnten. Die Postverwaltung habe durch Schaffung von Beamten auf Widerruf eine Zahl Leute der Invaliditäts- und Alters-Versicherung entzogen, ohne endgiltig die Pensionslast zu übernehmen. Er bitte um Auskunft über diesen Punkt. — Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Postverwaltung verhalte sich nie absolut ablehnend zu Anträgen auf Herabsetzung von Gebühren. Die Verkehrsverhältnisse könnten sich immer so gestalten, daß solche Ermäßigungen thunlich erscheinen. Bei der verlangten Herabsetzung der Fernsprechgebühren würde es sich um einen Ausfall von 3 Millionen handeln, der, wie er schon in der Kommission erklärt, einem kleinen Kreise Bevorzugter zugute kommen werde. In allen anderen Ländern seien die Telephongebühren höher als bei uns. Gerade in den letzten Jahren sei bei uns sehr viel ermäßigt worden, so viel, daß er gar nicht Alles wisse. Unter den jetzigen Verhältnissen empfehle sich eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren in keiner Weise. Noch sonderbarer sei die Forderung auf Gewährung eines Telegraphen-Privilegs an die Zeitungen. Die Postverwaltung lasse es an Entgegenkommen gegenüber den Zeitungen wahrlich nicht fehlen, wie der Postzeitungsverkehr beweise. Aber die bei uns bestehenden Wohlthaten (?) würden eben immer übersehen. Möge man doch erst anderwärts dem von uns gegebenen Beispiel folgen. — Direktor im Reichspostamt Fischer: Durch die Einreihung zahlreicher Personen, die bisher nur in der Stellung von Arbeitern bei der Post beschäftigt wurden, aber Beamten-Funktionen verrichten, in die Kategorie der Beamten übernehme die Verwaltung eine erhebliche Mehrbelastung. Von der Abwerfung einer Last könne keine Rede sein. — Abg. Schädeler (Centr.) vertheidigt die Petition der 211 Zeitungsverleger auf Herabsetzung der Gebühren für Zeitungsdepeschen. Wenn gesagt worden sei, es werde damit ein Privileg gefordert, so bestehe ein solches Privileg bereits für das offiziöse Wolff'sche Bureau insofern, als die Depeschen dieses Bureaus den Staatsdepeschen gleich behandelt würden und den Vorrang vor den Depeschen anderer Bureaus und den Privatdepeschen hätten. Diesem Bureau seien noch andere Vorrechte gewährt. Bei der Zusammensetzung der Aktiengesellschaft des Wolff'schen Bureaus könne die Befürchtung entstehen, daß gewisse Nachrichten mit Rücksicht auf ihre finanzielle Wirkung behandelt würden. — Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die dem Wolff'schen Bureau eingeräumten Vortheile beruhten auf einem Vertrag, der beim Uebergang der preußischen Postverwaltung auf das Deutsche Reich mit übernommen wurde. Bei Herabsetzung der Zeitungsdepeschen auf 3 Pfg. pro Wort würde die Reichskasse Zuschuß zahlen müssen. — Abg. Dr. Bachem (Centr.): Wenn die Verpflichtung dem Wolff'schen Bureau gegenüber auf so lange Jahre eingegangen worden sei, dann entstehe die Frage ihrer Ablösbarkeit. Die Zeitungsverleger würden von einer Herabsetzung der Telegraphengebühren einen materiellen Vortheil nicht haben, da die Konkurrenz sie dazu zwingen würde, mehr als bisher den Telegraphen in Anspruch zu nehmen. Die Herabsetzung der Zeitungstelegrammgebühren liege vielmehr im öffentlichen Interesse. Die Verdienste des Generalpostmeisters fänden allenthalben auch in der deutschen Presse Anerkennung. Aber das dürfe doch nicht abhalten, weitere Fortschritte auf dem Gebiete des Verkehrswesens zu fordern. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Im Abgeordnetenhause beantwortete der Minister des Innern, Herrfurth, die Interpellation Motty's betr. Maßregeln gegen Massenauswanderung nach Brasilien dahin, daß die Regierung die beregten Uebelstände nicht verkenne, daß ihr aber für ein weiteres Einschreiten enge Grenzen gezogen seien. Im Reichsamt des Innern schwebten Verhandlungen über den Erlaß eines Auswanderungsgesetzes. Inzwischen würden die bereits erlassenen Anordnungen gegen die Agenten durchgeführt. Die Agenten erhielten keine Konzession und würden bestraft, wenn sie sich falscher Vorspiegelungen schuldig machten. Im Wege der Belehrung sei Manches zu erreichen, obwohl in den auswanderungslustigen Kreisen ein unglaubliches Maß von Leichtgläubigkeit anzutreffen sei. Die Zurückbeförderung betrogener Auswanderer wirke nützlich, denn die betrogenen Auswanderer seien die besten Agenten gegen die Auswanderung. Aber Alles, was die Regierung thun könne, wirke nur als Palliativmittel. Das Beste bliebe, die materielle und intellektuelle Wohlfahrt der Bevölkerung zu heben. In der Debatte über die Interpellation wurde hervorgehoben, daß eine mäßige Auswanderung nach Süd-Brasilien nicht bedenklich sei, daß es sich aber bei der im Gange befindlichen Agitation um Nordbrasilien handele, wo die Einwanderer als weiße Sklaven betrachtet würden. — Morgen Helgoland-Vorlage.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler: „Auch zu meinem diesjährigen Geburtstage, den ich, Dank Gottes gnädiger Fügung, mit besonderer Freude über das mir zu Theil gewordene Familienglück erleben konnte, sind mir telegraphisch und schriftlich Glückwünsche von nah und fern in reicher Anzahl zugegangen. Aufrichtig beglückt durch diese Beweise liebevoller Theilnahme, fühle ich mich Allen, welche in dieser Weise zur Erhöhung meines Festes freudig beigetragen haben, zu innigem Danke verpflichtet. Bei der Unmöglichkeit, meinen Dank den freundlichen Spendern im Einzelnen auszudrücken, veranlasse ich Sie, diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntniß zu bringen." — Die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt das Gerücht, daß sie eingehen und daß ihr Redakteur Pindter Direktor des Wolff'schen Bureau's werden solle. — Gegen den Redakteur der „Kreuz-Ztg.", Frhrn. v. Hammerstein, ist Klage wegen Beamtenbeleidigung eingelaufen, weil er die Nichtaufnahme einer Berichtigung des „Reichsanzeigers" als illegal und ungesetzlich bezeichnet hatte, indem er gleichzeitig gegen den Redakteur des „Reichsanz.", Dr. Klee, Privatklage erhoben hatte. — Die Budgetkommission des Reichstags hat die Forderung für Unteroffiziersprämien mit 9 gegen 19 Stimmen abgelehnt, doch dürfte damit noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. — Die „Hamb. Nachr." erblicken in der Petersburger Reise des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand den Beweis, daß sich Oesterreich die Möglichkeit sichern wolle, mit Rußland in Freundschaft zu leben und daß es sich in der leitenden Stellung im Dreibund um so sicherer fühle, je befreundeter es mit Rußland sei. Deutschlands bevorzugte Stellung im Dreibund beruhe darauf, daß Deutschland sich jederzeit mit Rußland verständigen könne. Oesterreichs Haltung würde eine ganz andere sein, wenn es wüßte, die Brücke zwischen Berlin und Petersburg sei abgebrochen. Deutschland würde dann geradezu Gefahr laufen, von Oesterreich abhängig zu werden. Die „Hamb. Nachr." sagen, es liege ihnen fern, zu behaupten, daß dies schon jetzt geschehen, aber sie erblicken doch einen gewissen Zusammenhang in der Thatsache, daß Oesterreich schwere wirthschaftliche Opfer von Deutschland verlange und sich gleichzeitig Rußland nähere. Der ganze Vorgang mahne neuerdings zur Erhaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Der Artikel wird auf Friedrichsruh zurückgeführt.

Altona. Der Präsident der hiesigen Eisenbahndirektion, Oberreg.-Rath Krahn, in weiteren Kreisen durch Veranstaltung des Fackelzuges der Eisenbahnbeamten zu Ehren Bismarcks bekannt, nimmt seine Entlassung aus dem Staatsdienst.

Helgoland. Der Geburtstag des Kaisers ward hier überall in festlich gehobener Stimmung begangen. Von allen Häusern

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.